

am 25. Mai 2023

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft
Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark am 15.6.2023

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Standort, Unternehmertum & Regionen mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKO Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

„Area Sued“ - Wirtschaftsraum Südösterreich

Mit der Eröffnung der Koralmbahn Ende 2025 entsteht ein neuer Wirtschaftsraum, der weite Regionen der Steiermark und Kärntens integrieren wird. Allein im Kerngebiet dieses neuen Wirtschaftsraumes leben rund 1,5 Mio. Menschen, sind über 50.000 Betriebe angesiedelt und arbeiten über 700.000 Menschen.

Der Impuls, der mit der neuen Verkehrsverbindung gesetzt wird, ist immens. Studien im Auftrag der Wirtschaftskammern Kärnten und Steiermark zeigen, dass sich vielfältige Potenziale eröffnen, die zu mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätzen, mehr Investitionen und Innovationen führen werden. Dies nicht nur entlang der Eisenbahnstrecke, sondern weit in de facto alle Regionen der beiden Bundesländer hinein. Der neu entstehende Wirtschaftsraum wird, sollten die Chancen entsprechend genutzt werden, weit über die Grenzen der beiden Bundesländer in den angrenzenden Alpen-Adria-Raum wirken und auch innerhalb Österreichs, aber auch innerhalb Europas, in den Wettbewerb mit anderen wirtschaftlich attraktiven Regionen treten.

Damit die sich bietenden Chancen bestmöglich genutzt werden, gilt es rasch ein begleitendes Maßnahmenpaket auf Länder- und Bundesebene zu initiieren und umzusetzen:

Dieses Paket umfasst zum einen die aktive Unterstützung des Aufbaus und der Implementierung eines gemeinsamen nationalen & internationalen Außenauftritts in Form der seitens der Wirtschaftskammern Kärnten und Steiermark bereits mitentwickelten Dachmarke „Area Sued - Wirtschaftsraum Südösterreich“.

Zum anderen gilt es eine den Koralmbahnausbau begleitende Infrastrukturagenda in Umsetzung zu bringen, welche vordringlich folgende Maßnahmen umfasst:

- Zubringerverbindungen zur Koralmbahn in beiden Bundesländern sicherstellen: Zubringerbahnstrecken, Busverbindungen, Park&Ride- bzw. Park&Drive-Plätze
- Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse: Bosrucktunnel & Ausbau Graz - Bruck/Mur
- Bau einer Güterverkehrsstraße Klagenfurt-Villach sowie Erhalt des Verladebahnhofes im Raum Unterkärnten

- Ausgleichsmaßnahmen für „alte Südbahn“ im Raum Murtal und St. Veit/Glan: Ausbau der Interregio-Verbindung und der S-Bahn zwischen Klagenfurt - Judenburg/Knittelfeld - Bruck/Mur, Revitalisierung der Bahnstrecke Zeltweg - Dravograd

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die steiermärkische Landesregierung herantreten, damit diese einerseits gemeinsam mit der Kärntner Landesregierung den Aufbau und die internationale Implementierung der Marke „Area Sued“ - Wirtschaftsraum Südösterreich aktiv unterstützt und sich andererseits bei der Bundesregierung für die Umsetzung einer begleitenden Infrastrukturagenda einsetzt.

Graz, am 24.05.2023

Präs. Ing. Josef Herk
LGO WB Steiermark

DI Dr. Maximilian Oberhumer
SPO Industrie

KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark

Thomas Kainz
Landesobmann FW Steiermark

Mag. Andrea Kern, MA
Landessprecherin GW Steiermark

am 25. Mai 2023

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark,
Industriellenvereinigung Steiermark
an das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark am 15. Juni 2023

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirats hat das Projektteam Bildung, Jugend und Fachkräfte u.a. die Rahmenbedingungen für internationale Fachkräfte in der Steiermark diskutiert. Vor allem für Expatriates mit Familie ist das lokale Bildungsangebot ein wesentlicher Entscheidungsfaktor für die Wahl des Arbeitsortes. Basierend auf den Ergebnissen der Diskussion fordern daher die wahlwerbenden Gruppen der WKO Steiermark gemeinschaftlich folgende Maßnahme:

Internationales Bildungsangebot in der Steiermark

Die steirische Wirtschaft verfügt über eine starke internationale Ausrichtung, die sich auch im lokalen Bildungsangebot widerspiegeln sollte. Anders als beispielsweise die Nachbarbundesländer Kärnten und Oberösterreich verfügt die Steiermark über kein durchgängiges internationales Bildungsangebot wie das „International Baccalaureat (IB)“ für Kinder von Expatriates. Das „International Baccalaureat (IB)“ gliedert sich in insgesamt vier Teilprogramme, die die Altersstufen von 3 bis 19 Jahren abdecken. Die Curricula sind international anerkannt und garantieren Kindern von Expats länderübergreifende Schulwechsel ohne Verluste in der jeweiligen Bildungskarriere zu absolvieren. Das „International Baccalaureat (IB)“ ist daher von Klassen mit Englisch als Arbeitssprache, die vor allem auch die Englischkompetenz heimischer Kinder fördern, und vom bilingualen Unterricht (z.B. Englisch als Unterrichtssprache in einigen Fächern) zu unterscheiden. Der Umstand, dass in der Steiermark aktuell kein durchgängiges, sondern nur ein punktuell internationales Bildungsangebot zur Verfügung steht (z.B. IB-Diploma für Schüler:innen im Alter von 16 bis 19 Jahre am GIBS in Graz oder das in Umsetzung befindliche IB-Primary-Years-Programm an der Volksschule Smart City), kann die Bemühungen, ausländische Fachkräfte für Jobs in der Steiermark zu begeistern, deutlich erschweren. Um zu verhindern, dass steirische Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil in der internationalen Suche nach Fachkräften erleiden und, um die Steiermark insgesamt als Lebensstandort für Expats aufzuwerten, brauchte eine steiermarkweite Gesamtstrategie. Diese sollte u.a. bereits bestehende Angebote integrieren und das Bildungsangebot regionaler Zentren sinnvoll ergänzen.

Daher stellen die unterzeichnenden Delegierten den folgenden Antrag:

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Steiermärkische Landesregierung herantreten, damit diese eine steirische Gesamtstrategie zur Errichtung eines durchgängigen internationalen Bildungsangebotes in der Steiermark - beginnend beim Kindergarten bis hin zu einem allgemeinbildenden höheren Schulabschluss (IB-Diploma) - erarbeitet, um dadurch die Steiermark als Lebensstandort für internationale Fachkräfte aufzuwerten und in weiterer Folge den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Graz, am 24.05.2023



Präs. Ing. Josef Herk
LGO WB Steiermark



DI Dr. Maximilian Oberhumer
SPO Industrie



KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark



Thomas Kainz
Landesobmann FW Steiermark



Mag. Andrea Kern, MA
Landessprecherin GW Steiermark

am 25. Mai 2023

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft
Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark am 15.6.2023

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Standort, Unternehmertum & Regionen mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKO Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Vollzeitbonus: Attraktivierung der Vollzeitbeschäftigung & NEIN zur 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Durch die demographische Entwicklung rollt eine enorme Pensionierungswelle auf unser Land zu. Welch enorme Folgen diese haben könnte, das zeigen neue Berechnungen von Synthesis Forschung und WIFO. Demnach droht der Steiermark allein bis zum Jahr 2040 eine zusätzliche Personallücke von 50.610 Stellen. So würde das steirische BIP 2040 um etwa neun Prozent oder 6,3 Milliarden Euro geringer ausfallen, als es mit ausreichend Arbeitskräften sein könnte. Für den steirischen Landeshaushalt wäre das bis 2040 mit Mindereinnahmen in der Höhe von 3,5 Milliarden Euro gleichzusetzen.

In den vergangenen Jahren ist das Ausmaß der Vollzeitbeschäftigung - trotz so vieler offener Stellen wie noch nie - nämlich bedenklich gesunken: Bei Frauen ist die Teilzeitquote seit 2004 von 39 auf aktuell 51,2 Prozent gestiegen, bei Männern von 3,7 auf 11,1 Prozent. Dies verschärft die Lage am Arbeitsmarkt noch zusehends. Mangels positiver Anreize in Richtung einer Vollzeitbeschäftigung dürfte sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen.

Würde zudem die Arbeitszeit von 40 auf 32 Wochenstunden gekürzt werden, würden ca. 435 Millionen Arbeitsstunden weniger geleistet werden. Eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn würde den ohnehin schon teuren Faktor Arbeit in Österreich zusätzlich verteuern sowie den herrschenden Arbeitskräftemangel noch mehr verstärken.

Insgesamt würde die Einführung der 32-Stunden-Woche zu einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen und die soziale Sicherheit gefährden. Für die Unternehmen wäre eine erzwungene Reduktion der Arbeitsstunden nicht leistbar.

Darum fordern wir, neben der Schaffung entsprechender berufsbegleitender Rahmenbedingungen, einen Vollzeitbonus auf Basis eines Steueranreizes. Für diesen „Vollzeitbonus“ wären u.a. folgende mögliche steuerrechtliche Varianten vorstellbar:

- Freibetrag bei Vollzeitbeschäftigung
- Absetzbetrag bei Vollzeitbeschäftigung
- Anhebung der Einkommensteuerstufen
- Senkung des Einkommensteuertarifs

Gegenüber anderen Steuerreform-Ansätzen ergibt sich in diesem Zusammenhang der Vorteil, dass sich die Maßnahmen durch ein Mehr an Steuerbeiträgen aufgrund einer Ausweitung der Vollzeitarbeit teilweise bis vollständig, abhängig von der jeweiligen Variante, selbst refinanzieren würden.

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese beim Bundesministerium für Finanzen für eine steuerliche Attraktivierung der Vollzeitbeschäftigung einsetzt.

Graz, am 24.05.2023

Präs. Ing. Josef Herk
LGO WB Steiermark

**DI Dr. Maximilian
Oberhumer**
SPO Industrie

KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark

Thomas Kainz
Landesobmann FW Steiermark

Mag^a. Andrea Kern, MA
Landessprecherin GW Steiermark

am 25. Mai 2023

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft
Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark am 15.6.2023

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Standort, Unternehmertum & Regionen mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKO Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Versicherung gegen Naturkatastrophen

Ausgangslage:

Naturgefahren stellen für private Haushalte, Unternehmen und den Staat eine große Herausforderung dar. Die Schäden aus Naturgefahren, insbesondere durch den zunehmenden Starkregen, betreffen großflächig ganze Landstriche. Dabei entstehen immense materielle Schäden. Der Schaden einer großflächig auftretenden Naturkatastrophe ist wegen der Anzahl der betroffenen Haushalte und Unternehmen zu groß, um noch mit den regional vorhandenen Ressourcen bewältigt werden zu können. Deshalb kommt zukünftig einem gut funktionierenden Risikotragungssystem große Bedeutung zu.

Studien der ZAMG zeigen, dass in den letzten 20 Jahren die Starkregenereignisse um 20 % zugenommen haben. In Prognosemodellen ist für die nächsten 30 Jahre eine weitere Steigerung, um bis zu 26 % und längerfristig bis zu 40 % zu erwarten. Das lässt den Umkehrschluss zu, dass Naturkatastrophen verursacht durch Starkregen zukünftig nochmals zunehmen werden. Aus der Sicht einer breiten Öffentlichkeit müssen diesbezüglich von der Politik leistbare Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Existenzen im unternehmerischen und privaten Bereich schützen zu können. Private Versicherungen stellen eine Möglichkeit zum Risikotransfer von Naturkatastrophen dar. Sie werden bislang in Österreich nur für einige Naturrisiken erfolgreich angeboten. Dazu zählen Sturmschäden und Hagel. Für andere Naturgefahren mit hohem Schadenspotential, wie Erdbeben, Hochwasser und Überschwemmungen, Vermurungen oder Lawinen gibt es in Österreich keine gleichermaßen gut funktionierenden Versicherungsmärkte zur Übertragung von Risiken. Es werden zurzeit für die zuletzt genannten Katastrophen nur sehr geringe Versicherungssummen angeboten. Je höher das Risiko wird, umso geringer werden dieses Summen bis hin Richtung null.

Bereitschaft in der Öffentlichkeit:

Während Experten schon seit Jahren vor den Folgen zunehmender Extremwetterereignisse in ganz Österreich warnen, beurteilen in einer aktuellen repräsentativen Befragung (KFV) nun auch bereits mehr als 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung Naturgefahren als Zukunftsproblem mit hohem

Schadenspotential. Auch aus der Versicherungswirtschaft selbst ist verstärkt zu hören, dass Kunden sehr häufig Versicherungsdeckungen dieser Art anfragen. Die Bereitschaft für eine zusätzliche Versicherung in diesem Bereich ist sehr groß. Die Sensibilisierung ist mittlerweile sehr hoch.

Versicherung gegen Naturkatastrophen:

Es müssen gesetzlichen Rahmenbedingungen angebotsseitig so geschaffen werden, dass zur gesetzlich geregelten Feuerversicherung der Bereich Naturkatastrophendeckung hinzugefügt wird. Hierfür ist eine Novelle des Versicherungsvertragsgesetzes notwendig. Die Versicherungswirtschaft, allen voran der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO), hat in Bezug auf eine geeignete Modellrechnung und den rechtlichen Abstimmungsprozess mit den Ministerien bereits ein gutes Ergebnis vorliegen.

- Elementarschadenpaket: Die bestehenden Deckungen in der Feuerversicherung müssten um diese Naturkatastrophen-Deckung erweitert werden. Diese oder ähnliche Lösungen gibt es bereits in Frankreich, Belgien, Spanien oder in der Schweiz. Das entwickelte österreichische Modell orientiert sich sehr stark am belgischen Modell.
- Risikodifferenzierte Prämien: Das Modell sollte insofern gerecht sein, dass es eine risikobezogene Gestaltung der Prämie gibt. Homogene Prämien, die in Risikogebieten nicht das tatsächliche Risiko reflektieren, würden zu Problemen führen. Das heißt, für Gebäude bzw. Haushalte, welche sich in einer höheren Risikozone befinden, sollten auch dementsprechend mehr Prämie bezahlt werden. Die Bereitschaft in höheren Risikozonen mehr an Prämie zu zahlen ist großflächig vorhanden.
- Selbstbehalte: Die bereits ausgearbeiteten Modelle sehen zur Reduktion der Prämie auch einen möglichen Selbstbehalt vor, sodass sich insgesamt ein sehr kostenverträgliches Modell für alle Versicherten ergibt.

Vorteile dieses Versicherungsmodells:

Für die öffentliche Hand:

- Versicherungstechnisch optimiertes Risikomanagement
- Informationen aus Einzelpolizze (Versicherungswert, Lokalität) werden verfügbar
- Schadenspotential wird dadurch kalkulierbar
- Großereignisse gefährden Budget nicht

Für die Versicherten (Unternehmen und Haushalte):

- Erstmals Rechtsanspruch auf Leistungen im Katastrophenfall
- 100% Entschädigungsleistung möglich
- Leistbare Prämie in allen Risikozonen
- Entschädigungsleistung in Form einer Neuwertentschädigung
- Schnellere Schadensregulierung durch die eigene Versicherung

Für die Versicherungsunternehmen:

- Bisher schwer kalkulierbare Risiken werden versicher- und kalkulierbar
- Günstige (Stopp-Loss) Rückversicherung

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese beim Bundesministerium für Justiz sowie beim Bundesministerium für Finanzen dafür einsetzt, dass gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, zur gesetzlich geregelten Feuerversicherung den Bereich Naturkatastrophendeckung im Versicherungsvertragsgesetz hinzuzufügen, um eine Risikoabwälzung bei Katastrophenschäden im Sinne der gewerblichen Unternehmen zu ermöglichen.

Graz, am 24.05.2023

Präs. Ing. Josef Herk
LGO WB Steiermark

DI Dr. Maximilian
Oberhumer
SPO Industrie

KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark

Thomas Kainz
Landesobmann FW Steiermark

Mag^a. Andrea Kern, MA
Landessprecherin GW Steiermark

am 25. Mai 2023

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft
Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark am 15.6.2023

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Bildung mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKO Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Kostenloser Weg zur Meister- und Befähigungsprüfung!

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften steigt zunehmend an, wobei insbesondere Absolvent:innen einer Lehrausbildung stark nachgefragt werden - das zeigen auch die aktuellen Arbeitsmarktdaten: Denn österreichweit gibt es mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Es gilt jetzt Maßnahmen zu treffen, um die Berufsausbildung insgesamt wieder attraktiver zu gestalten und das Image der Lehre in der Gesellschaft zu erhöhen.

Unsere Lehrlinge sind die Meister der Zukunft. Die Berufsbildung ist wichtig für die Volkswirtschaft: Zum einen bilden Meister Lehrlinge aus, die unsere zukünftigen Fachkräfte sind, zum anderen wirkt sich die „Meisterqualifikation“ positiv auf die Karriere aus. Rund 6.000 Personen absolvieren pro Jahr eine Meister-, Befähigungs-, Fach- und Eignungsprüfung. Diese verlangen hohe fachliche Expertise und sind nach dem nationalen Qualifikationsrahmen auf derselben Stufe wie ein Bachelorabschluss angesiedelt.

Die Lehre ist ein Erfolgsmodell und internationales Aushängeschild für den Wirtschaftsstandort Österreich. Die österreichischen Fachkräfte zählen seit Jahren wiederkehrend zu den Besten. Selbst bei Berufswettbewerben - Euro-Skills als auch World-Skills - stellen die österreichischen Lehrlinge ihre Fachkenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis. Dies beweist die hohe Erfolgsbilanz der Medaillengewinner:innen.

Für den Erwerb der Meister-, Befähigungs-, Fach- und Eignungsprüfung ist keine verpflichtende Ausbildung vorgesehen, jedoch werden meistens Vorbereitungskurse besucht. Diese Kurse verursachen zum Teil erhebliche Kosten. Zwar gibt es vereinzelt Förderungen in den Ländern, jedoch muss die Mehrheit der Kandidat:innen die Kosten selbst tragen.

Daher fordern wir, dass, wie bei einem Studium, die Ausbildung inklusive der Meister-, Befähigungs-, Fach- und Eignungsprüfung kostenlos sein muss. Der kostenlose Weg zur Meister-, Befähigungs-, Fach- und Eignungsprüfung bedeutet eine signifikante Stärkung der Berufsbildung und eine Gleichstellung zu Studierenden. Dies führt gleichzeitig zu einer Aufwertung des Handwerks und generell der Berufsausbildung und der Lehre.

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft dafür einsetzt, die Lehre und weitere Höherqualifizierungen aufzuwerten, insbesondere durch den Entfall der Kurskosten sowie der Gebühren für die Meister-, Befähigungs-, Fach- und Eignungsprüfung.

Graz, am 24.05.2023

Präs. Ing. Josef Herk
LGO WB Steiermark

DI Dr. Maximilian Oberhumer
SPO Industrie

KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark

Thomas Kainz
Landesobmann FW Steiermark

Mag. Andrea Kern, MA
Landessprecherin GW Steiermark

am 25. Mai 2023

Gemeinsamer Antrag

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung
Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark am 15.06.2023

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Arbeit und Soziales mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKO Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

**Erleichterung der Beschäftigung drittstaatsangehöriger
Schüler:innen und Student:innen inländischer
Bildungseinrichtungen, indem ihre Beschäftigung aus dem
Anwendungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes
ausgenommen wird**

Im Hinblick auf die Zahlen am Arbeitsmarkt und auch auf die Tatsache, dass drittstaatsangehörige Schüler:innen und Student:innen an inländischen Bildungseinrichtungen ausgebildet werden, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass diese ohne eine entsprechende arbeitsmarktrechtliche Bewilligung bzw. Anzeigebestätigung und damit einer weiteren bürokratischen Hürde, kurzfristig beschäftigt werden können. Es ist unumgänglich, neben dem heimischen Arbeitsmarkt auch das Potential ausländischer Arbeitskräfte umfassend auszuschöpfen und hier auch jene Drittstaatsangehörige dafür einzusetzen, die in heimischen Bildungseinrichtungen eine Ausbildung erhalten.

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese für eine Novellierung der Ausländerbeschäftigungsverordnung dergestalt einsetzt, dass drittstaatsangehörige Schüler:innen und Student:innen an inländischen Bildungseinrichtungen aus dem Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgenommen werden.

Graz, am 24.05.2023



Präs. Ing. Josef Herk
LGO WB Steiermark



DI Dr. Maximilian Oberhumer
SPO Industrie



KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark



Mag^a. Andrea Kern, MA
Landessprecherin GW Steiermark

UND JETZT:

am 22. Mai 2023

GRÜNE WIRTSCHAFT



Antrag zur Sitzung des Wirtschaftsparlaments der WK Steiermark am 15. Juni 2023 betreffend

Verbesserung der Treffsicherheit der Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit (WIN)

Begründung:

Die seit Dezember 2002 bestehende „Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit (WIN)“ ist ein gutes Instrument für Klein- und Mittelbetriebe die Transformation in ein klimafittes Wirtschaften durch geförderte Beratungsleistungen in den drei Kernbereichen Nachhaltige Unternehmensführung, Umwelt-Managementsysteme und Umwelt- und Klimaschutz zu erleichtern.

Seit 2003 wurden insgesamt 3.528 Teilnahmen gezählt. Davon entfallen 1.334 auf die WIN-Impulsberatung, 127 auf den Kernbereich A – Nachhaltige Unternehmensführung, 645 auf den Kernbereich B – Umwelt-Managementsysteme sowie 1.422 auf den Kernbereich C – Umwelt- und Klimaschutz.

Diese Nachhaltigkeitsförderung wird über das Ressort von Landesrat Seitinger – A14 - Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit abgewickelt und wurde in den Jahren 2018 bis 2020 mit jeweils Euro 340.000.- budgetiert. In den Jahren 2021 bis 2023 wurden im Globalbudget des Landes Steiermark ein Indikator von 200 Betriebsberatungen vorgesehen.

Die vorgesehenen Budgetsummen wurden aber nicht ausgeschöpft bzw. das vorgegebene Ziel von 200 Beratungen pro Jahr nicht erreicht. Siehe dazu folgende Tabelle:

Jahr	Gesamtsumme	Förderungsfälle ¹
2022	EUR 196.089,20	132
2021	EUR 167.885,00	138
2020	EUR 50.621,75	37
2019	EUR 138.603,50	129
2018	EUR 179.698,90	144

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Um die steirischen Klein- und Mittelunternehmen im Umbau zu einem klimaneutralen Wirtschaften zu unterstützen, tritt die Wirtschaftskammer Steiermark als Partnerorganisation der Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit (WIN) an die Steiermärkische Landesregierung, A14 - Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit mit dem Ziel heran, den angestrebten Indikator für Betriebsberatungen und somit auch das Budget dafür im Vergleich zu den Vorjahren signifikant

¹ Die Förderungsfälle wurden den Förderungsberichten des Landes Steiermark entnommen.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



zu erhöhen. Einhergehend werden seitens der Wirtschaftskammer begleitende Informationsmaßnahmen für die steirischen Unternehmer:innen bezüglich der Förderung im Rahmen der Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit aufgesetzt, um den angestrebten Indikator an Betriebsberatungen erreichen zu können.

Mag.ª Andrea Kern, MA, Delegierte zum Wirtschaftsparlament